



© Scusi | Fotolia

GesellschaftsReport BW
Ausgabe 2 – 2019

Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten

Zentrale Ergebnisse im Überblick:

- Armutsgefährdung geht oft mit eingeschränkten gesellschaftlichen Möglichkeiten zur Teilhabe und schlechterer sozialer Integration einher. Das schränkt zum einen die Lebensqualität und Selbstverwirklichung der Betroffenen ein und tangiert zum anderen die politische Repräsentation ihrer Interessen.
- Analysen für Baden-Württemberg zeigen, dass Unterschiede in Beteiligung und sozialer Einbindung zu einem erheblichen Teil auf einen geringen Bildungsgrad zurückgeführt werden können. Der Bildungsgrad wiederum wird durch den Sozialstatus der Eltern beeinflusst. Auch die Armutsgefährdung hängt mit sozialer Herkunft und Bildung zusammen.
- Neben dem Bildungsgrad hat das Einkommen Einfluss auf das Beteiligungsverhalten der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger. Menschen, die weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land (Median) zur Verfügung haben, beteiligen sich seltener und treffen auch weniger häufig Freundinnen und Freunde, Familienmitglieder oder Nachbarinnen und Nachbarn.
- Verfügbare Zeit, Wissen und Fähigkeiten, Motivation und soziale Netzwerke erhöhen die Wahrscheinlichkeit regelmäßiger Partizipation. Bei armutsgefährdeten Menschen wirken sich regelmäßige Sozialkontakte stärker auf politische oder zivilgesellschaftliche Partizipation aus als bei nicht Armutsgefährdeten.
- Wenn sich armutsgefährdete Menschen regelmäßig (politisch oder zivilgesellschaftlich) beteiligen und soziale Kontakte pflegen, sind sie zufriedener mit ihrem Leben. Sie halten das Land eher für sozial gerecht und sind in größerem Maße davon überzeugt, die Fäden ihres Lebens selbst in der Hand zu halten.
- Die Befunde dieses Reports liefern Hinweise darauf, wie die Teilhabe Armutsgefährdeter gefördert werden kann. Dazu gehören:
 - Beteiligung: Angebote, die niederschwellig, kostengünstig und im Quartier verankert sind, können dazu beitragen, Teilhabe stärker von den jeweiligen Ressourcen einer Person zu entkoppeln.
 - Vernetzung: Der Austausch von Armutsgefährdeten mit anderen Menschen und soziale Beziehungen wirken integrativ und partizipationsfördernd.
 - (Politische) Bildung: Sowohl in der Schule als auch im Erwachsenenalter können Bildungsangebote die Motivation zur Beteiligung stärken. Sie helfen, Wissen und Fähigkeiten in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Möglichkeiten der Teilhabe aufzubauen und dadurch Beteiligungsunterschiede zu verringern. Angeboten der politischen Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen kommt dabei besondere Bedeutung zu.

1. Einleitung

Armut bedeutet mehr als nur Mangel an finanziellen Ressourcen. Für Betroffene geht dieser Mangel häufig mit eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe einher: So sind Freizeitaktivitäten meist auf kostenneutrale Tätigkeiten beschränkt. Der Lebensstandard von Verwandten und Freundinnen und Freunden kann nicht (mehr) gehalten werden (Mohr und Richter 2008). Das erschwert die Pflege sozialer Beziehungen und den damit verbundenen Austausch von Erfahrungen und Informationen. Gleichzeitig rücken mit Blick auf die eigene prekäre Situation die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation in den Hintergrund (Böhnke und Link 2018; Böhnke 2011). So beteiligen sich armutsgefährdete Menschen weniger und das, obwohl gerade sie ein Interesse an der Verbesserung ihrer Situation haben dürften, zu der Partizipation beitragen könnte (unter anderem Kroh und Könnecke 2013; Böhnke 2005; Schlozman et al. 1999). Neben dem materiellen Mangel werden vor allem folgende Gründe für die geringere Teilhabe angeführt: Resignation und Apathie angesichts der eigenen Situation (Böhnke 2005), ein damit verbundenes Schamgefühl sowie die Sorge vor Stigmatisierung (Walker 2014). In der Folge ziehen sich von Armut Betroffene eher in das soziale Umfeld der (Kern-)Familie und des engen Freundeskreises zurück (Böhnke und Link 2017; Kern 2003).

Es sind jedoch gerade diese beiden Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe – die Einbindung in das soziale Umfeld und die politische sowie zivilgesellschaftliche Partizipation – die als „Integrationshelfer“ zu verstehen sind (Böhnke und Link 2018: 247). Soziale Beziehungen bieten in schwierigen Lebenssituationen Stabilität und Rückhalt. Beziehungen, die über den engen Familien- und Freundeskreis hinausgehen, können vielfältigere Informationen vermitteln als das enge soziale Umfeld. Diese Beziehungen sind gerade dann hilfreich, wenn man etwas in seinem Leben verändern will und zum Beispiel eine neue Arbeitsstelle sucht (Granovetter 1974; Lin 2000). Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation können zudem die soziale Integration fördern, soziale Beziehungen stärken und aus der gemeinwohlorientierten Aktivität heraus das Gefühl vermitteln, Teil der Gesellschaft zu sein (Böhnke 2011; Putnam et al. 1993). Damit kann Partizipation einen Beitrag dazu leisten, Gefühle von Ausgrenzung und Isolation zu mindern, die armutsgefährdete Menschen häufiger empfinden als nicht armutsgefährdete Menschen (Böhnke 2008).

Der vorliegende GesellschaftsReport BW setzt sich mit der Frage auseinander, inwiefern armutsgefährdete Menschen in Baden-Württemberg politisch und zivilgesellschaftlich partizipieren und wie gut sie – trotz ihrer Situation – sozial integriert sind. Dabei stehen die Auswirkungen der Teilhabe für ihre Lebenssituation im Fokus: Sind armutsgefährdete Menschen, die partizipieren und sozial integriert sind, zufriedener mit ihrem Leben als Armutsgefährdete, die nicht partizipieren oder kaum sozial integriert sind? Wie empfinden sie jeweils die soziale Gerechtigkeit? Sind sie stärker davon überzeugt, die Fäden für ihr Leben selbst in der Hand zu halten?

Die Analysebasis bilden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2013 und 2015.¹ Über die empirische Analyse hinaus gibt der Report Einblicke in Initiativen und Kooperationen im Land, die die Teilhabe armutsgefährdeter Menschen fördern und unterstützen. Beispiele aus der Praxis zeigen, welche Ansätze es gibt, die niedrigschwellige Möglichkeiten zum Aufbau sozialer Kontakte und für ehrenamtliches Engagement bieten. Das Fallbeispiel eines Betroffenen macht zudem deutlich, welche Rolle politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung für die persönliche Entwicklung, den Kompetenzerwerb und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit der Menschen in prekären Lebenslagen spielt. Schließlich werden Handlungsoptionen skizziert.

2. Empirische Analyse

2.1 Der Zusammenhang von Armutsgefährdung mit Partizipation und sozialer Einbindung

Beteiligung und soziale Einbindung von armutsgefährdeten Menschen

Die Daten des Gesellschaftsmonitorings Baden-Württemberg zeigen, dass armutsgefährdete Menschen sich deutlich seltener regelmäßig politisch bzw. zivilgesellschaftlich² beteiligen als nicht armutsgefährdete Menschen (15,4 % gegenüber 23 %; vgl. *Abbildung 1*). Gleichzeitig haben sie weniger soziale Kontakte als nicht Armutsgefährdete. 22,6 % der armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg treffen seltener als einmal im Monat Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn oder Familienmitglieder zum geselligen Beisammensein. Bei den nicht Armutsgefährdeten sind es lediglich 18,3 % (vgl. <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/lebenslagen-und-soziale-exklusion>).



Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote misst die relative Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen (ÄE) weniger als 60 % des Medians des ÄE der Bevölkerung beträgt. Berechnungsgrundlage ist für Deutschland der Bundesmedian und für Baden-Württemberg der entsprechende Landesmedian. Das ÄE wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Weitere Informationen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

- 1 Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit über drei Jahrzehnten durchgeführte, repräsentative Befragung, in der Personen wiederholt befragt werden (Panel). Im Auftrag des DIW Berlin werden in Deutschland zurzeit jedes Jahr etwa 30 000 Befragte in fast 11 000 Haushalten befragt. Daten des Freiwilligen Surveys, die für das Thema ebenfalls in Frage kämen, werden nicht verwendet, da keine Panelstruktur vorhanden ist. Diese ist für die Fragestellung zentral, da Aussagen über die Dauerhaftigkeit von Teilhabe getroffen werden sollen.
- 2 Dies wird anhand der Fragen erfasst, wie häufig die Befragten ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten in ihrer freien Zeit ausüben (zivilgesellschaftliche Partizipation) bzw. sich in Bürgerinitiativen, Parteien, der Kommunalpolitik beteiligen (politische Partizipation). Aufgrund der geringen Fallzahlen für Baden-Württemberg wurden zivilgesellschaftliche und politische Partizipation hier zusammengefasst. Personen, die mindestens einmal pro Monat zivilgesellschaftlich oder politisch engagiert sind, gelten als regelmäßig aktiv.

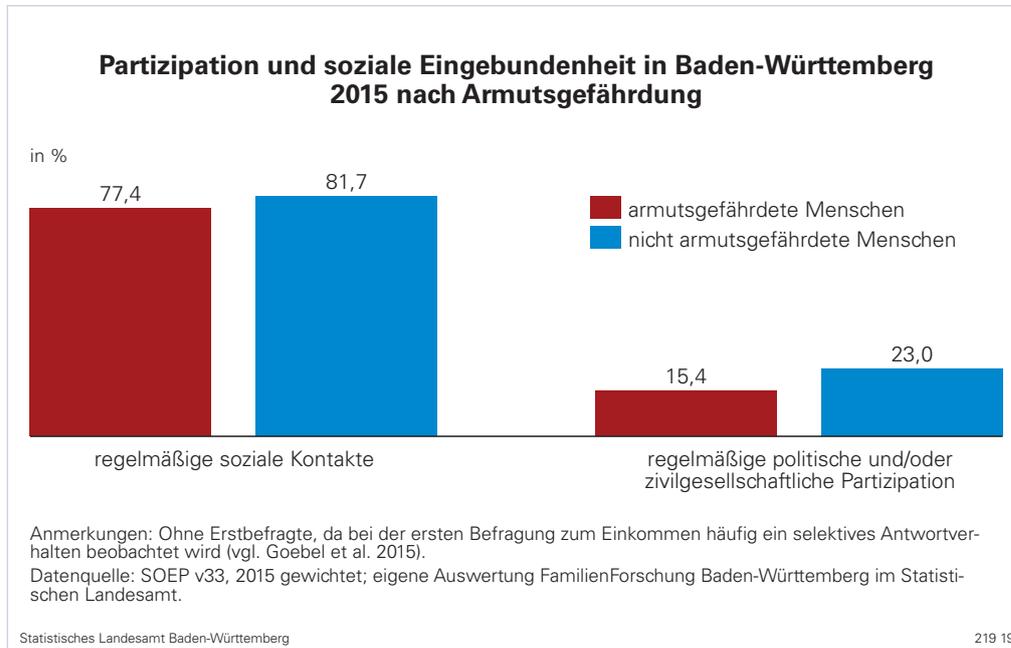


Abbildung 1:
Partizipation und soziale Eingebundenheit in Baden-Württemberg 2015 nach Armutsgefährdung

Dieser Unterschied zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen kann teilweise durch die unterschiedliche finanzielle Lage erklärt werden. Doch es gibt weitere Faktoren, die sowohl Armutsgefährdung als auch Beteiligungsdefizite erklären (wie zum Beispiel Bildung und soziale Herkunft, vgl. dazu auch: Kroh und Könnecke 2013). Neben dem Vorhandensein von Geld spielen für die Beteiligung weitere Ressourcen wichtige Rollen. Hierzu zählt beispielsweise, ob eine Person genügend Zeit aufbringen kann, um sich zu beteiligen. Vor allem wenn kleine Kinder im Haushalt leben, ist verfügbare Zeit oftmals knapp.³ Inwiefern jemand partizipiert oder soziale Kontakte pflegt, kann auch beeinflusst sein durch das Wissen und die Fähigkeiten (zum Beispiel organisatorischer oder kommunikativer Art), mit denen eine Person ausgestattet ist. Forschungsergebnisse zeigen, dass diese Faktoren stark mit dem Bildungsniveau zusammenhängen (Brady et al. 1995; Schäfer 2011). Gleichzeitig ist auch die Motivation entscheidend: Werte und Einstellungen können prägend sein, inwiefern eine Person Partizipation und soziale Interaktion als erstrebenswert oder persönlich wichtig empfindet. Nicht zuletzt hat auch ein soziales Netzwerk eine beteiligungsmobilisierende Wirkung. Beteiligen sich im eigenen Umfeld auch andere Menschen, kann das Einfluss darauf haben, ob und wie man sich selbst beteiligt.⁴

Die Analysen in diesem Report zeigen, dass sich armutsgefährdete Menschen unter Berücksichtigung ebendieser Faktoren in ihrem Beteiligungs- und Freizeitverhalten nicht von nicht armutsgefährdeten Menschen unterscheiden. Vor allem das Bildungsniveau beeinflusst sowohl die Armutsgefährdung als auch eine geringe Beteiligung stark (vgl. *Abbildung 2*).

- 3 Kinder im Haushalt schränken die verfügbare Zeit eher ein, können Engagement aber durch eine stärkere Einbindung in soziale Netzwerke auch befördern. Wie sich Kinder im Haushalt auswirken, ist von der Konstellation im Haushalt abhängig (Vogel et al. 2017; Simson und Hameister 2017; Brady et al. 1995; Verba et al. 1995). Aufgrund geringer Fallzahlen konnte das für Baden-Württemberg nicht differenziert betrachtet werden.
- 4 Hier wird Bezug genommen auf das 1995 von Verba, Schlozmann und Brady entwickelte „Civic Voluntarism Model“ (CVM), das mittlerweile als das Standardmodell zur Erklärung politischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gilt (Vetter und Remer-Bollow 2017; Brady et al. 1995; Verba et al. 1995).

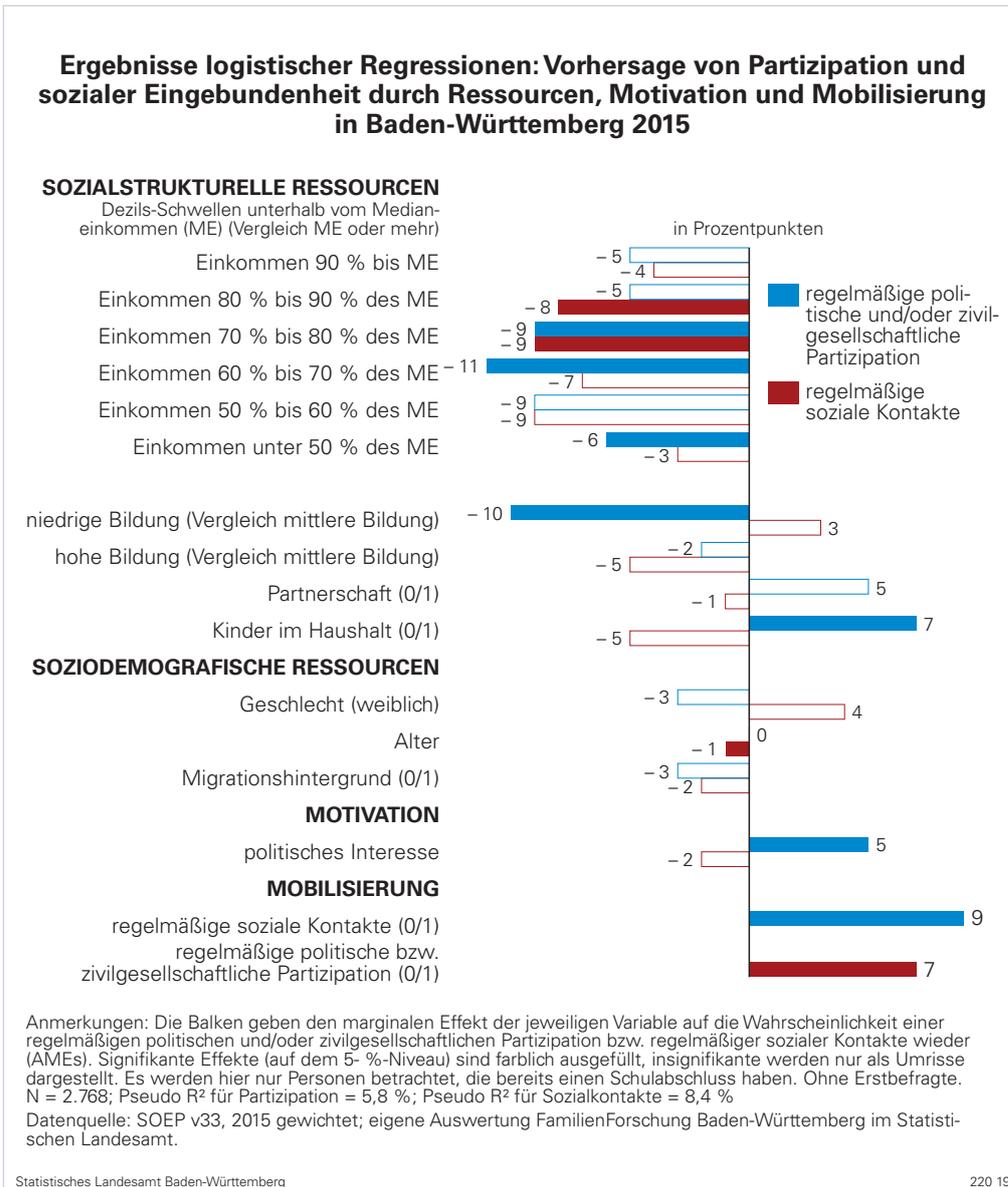


Abbildung 2: Ergebnisse logistischer Regressionen: Vorhersage von Partizipation und sozialer Eingebundenheit durch Ressourcen, Motivation und Mobilisierung in Baden-Württemberg 2015

Das bedeutet jedoch nicht, dass das verfügbare Einkommen keinen Einfluss auf Beteiligung und soziale Integration hat. Bereits bei Menschen aus armutsnahen Schichten – also schon vor dem Unterschreiten der Sechzigprozentsschwelle – zeigt sich, dass sie seltener partizipieren und sich auch seltener und weniger regelmäßig mit Freundinnen und Freunden, Bekannten oder Nachbarinnen und Nachbarn treffen (Böhnke 2011; Kroh und Könecke 2013). *Abbildung 2* zeigt, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit für eine regelmäßige Beteiligung und soziale Einbindung erhöhen und welche diese eher senken. Bereits bei einem Einkommen knapp unterhalb des Medianeinkommens⁵ sinkt die Wahrscheinlichkeit, sich regelmäßig zu beteiligen oder soziale Kontakte zu pflegen. Diese Entwicklung setzt sich bei sinkendem Einkommen weiter fort, endet jedoch kurz vor der Armutsgefährdungsschwelle. Hier scheint eine Art Grenze zu sein, ab der ein noch geringeres Einkommen die Beteiligung und soziale Einbindung nicht weiter beeinträchtigt (*vgl. Abbildung 2*). Auch ein niedrigerer Bildungsgrad macht eine regelmäßige Beteiligung weniger wahrscheinlich. Motivation – beispielsweise durch politisches Interesse – sowie regelmäßige soziale Kontakte fördern dagegen die Beteiligung (*vgl. Abbildung 1*).

5 Der Median ist der Wert, der die Einkommensverteilung in zwei genau gleich große Hälften teilt.

Ein Mangel an finanziellen Ressourcen steht also in Zusammenhang mit geringer Beteiligung und schlechter sozialer Einbindung. Menschen aus armutsnahen Schichten sind ebenso von diesen Auswirkungen betroffen und nicht nur jene, die bereits unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 % liegen.

Unterstützende Faktoren für die Beteiligung und soziale Einbindung von Armutsgefährdeten

Die Wahrscheinlichkeit einer regelmäßigen Partizipation erhöht sich durch Zeit, Wissen und Fähigkeiten, Motivation und soziale Netzwerke. Teilweise wirken sich diese Faktoren auch positiv auf den Grad der sozialen Einbindung aus (vgl. *Abbildung 2*). Wirken sie bei armutsgefährdeten Menschen ebenso mobilisierend und können sie ihnen zu einer besseren sozialen Integration verhelfen?

Ein solcher Einfluss lässt sich in Baden-Württemberg für armutsgefährdete Menschen mit regelmäßigen sozialen Kontakten tatsächlich zeigen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich armutsgefährdete Menschen mit regelmäßigen sozialen Kontakten politisch oder zivilgesellschaftlich beteiligen, ist rund ein Fünftel (18 Prozentpunkte) höher als bei jenen ohne regelmäßige Sozialkontakte. Folglich hängen Sozialkontakte mit politischer bzw. zivilgesellschaftlicher Beteiligung zusammen⁶ (vgl. *Abbildung 2*). Dieser Zusammenhang ist bei Armutsgefährdeten sogar deutlich stärker als bei nicht Armutsgefährdeten (vgl. *Abbildung 3*). Somit ist die soziale Einbindung für armutsgefährdete Menschen von größerer Bedeutung für ihre Beteiligung als für nicht Armutsgefährdete.

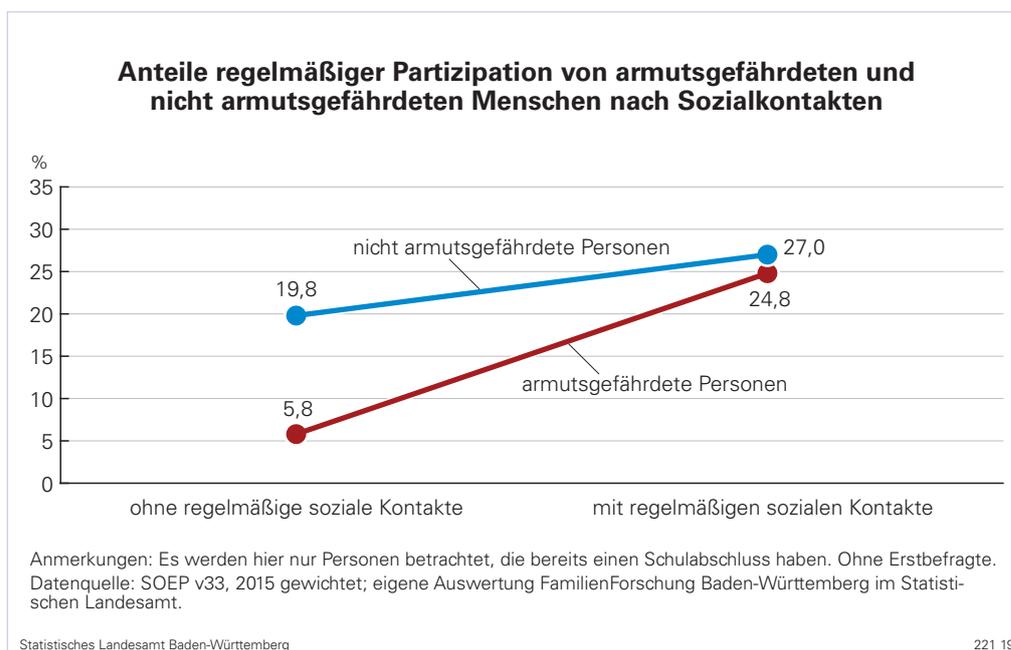


Abbildung 3:
Anteile regelmäßiger Partizipation von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen nach Sozialkontakten

Etwas anders verhält es sich, wenn Kinder im Haushalt leben. Nicht armutsgefährdete Personen mit Kindern im Haushalt beteiligen sich mehr als jene ohne Kinder. Bei Armutsgefährdung zeigt sich jedoch das Gegenteil. Eine Erklärung hierfür könnte im ohnehin schon knappen Zeitbudget von Armutsgefährdeten liegen, das sich durch Kinder im Haushalt möglicherweise noch stärker reduziert.

6 Auf der anderen Seite kann auch der Kontakt mit anderen Menschen eines der Motive sein, sich zu beteiligen (Huxholt und Hameister 2017; Müller et al. 2017).

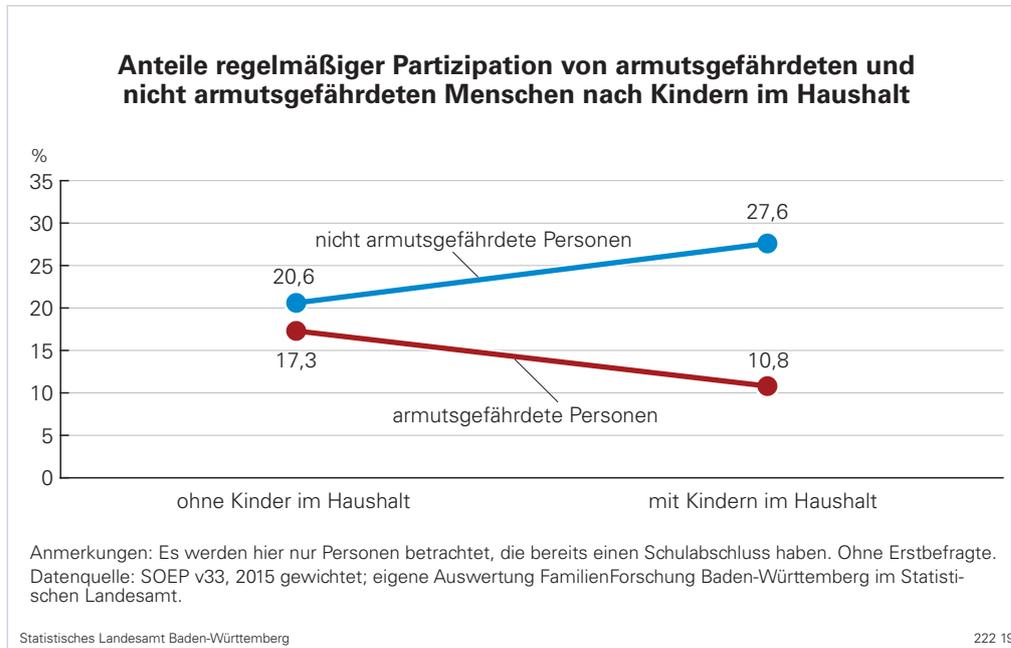


Abbildung 4:
Anteile regelmäßiger Partizipation von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen nach Kindern im Haushalt

2.2 Partizipation und soziale Einbindung im Hinblick auf die individuelle Lebenssituation von Armutsgefährdeten

Partizipation und soziale Einbindung können das Leben von Menschen positiv beeinflussen. Sozialkontakte geben emotionalen Rückhalt und sichern einen Austausch von Informationen (Granovetter 1973; Lin 2000). Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation stärken wiederum soziale Beziehungen und fördern das Gefühl, ein Teil der Gesellschaft zu sein (Böhnke 2011; Putnam et al. 1993). Partizipation und Sozialkontakte wirken sich also ebenso positiv auf die individuelle Lebenszufriedenheit aus, wie die wahrgenommene Selbstwirksamkeit oder auch die persönliche Bewertung der sozialen Gerechtigkeit im Land. Einige Studien konnten zeigen, dass Partizipation besonders bei Personen mit eher geringen finanziellen Ressourcen positive Effekte hat (Morrow-Howell et al. 2009). Das gilt vor allem dann, wenn Partizipation und soziale Einbindung regelmäßig und dauerhaft sind (van Willigen 2000). In der weiteren Analyse werden daher insbesondere die dauerhafte regelmäßige Beteiligung und die soziale Einbindung berücksichtigt. Personen, die zu zwei Befragungszeitpunkten (2013 und 2015) angaben, sich regelmäßig (mindestens monatlich) politisch bzw. zivilgesellschaftlich zu beteiligen oder wöchentlich soziale Kontakte hatten, gelten als dauerhaft Partizipierende bzw. sozial Eingebundene. Personen, die nur in einem der beiden Jahre regelmäßige Beteiligung und Einbindung angaben, gelten als nur bedingt engagiert oder sozial eingebunden.

Es wird kontrovers darüber diskutiert, ob Partizipation zu einer positiver wahrgenommenen Lebenssituation⁷ führt oder ob Menschen, die ihr Leben positiver beurteilen, sich eher beteiligen (Erlinghagen und Hank 2006; Piliavin und Siegl 2007). Die folgenden Analysen berichten somit vor allem Zusammenhänge. Denn es ist unklar, ob Beteiligung die Lebenszufriedenheit erhöht oder umgekehrt (Kostelka und Blais 2018; Müller und Tesch-Römer 2017).

7 In der Forschungsliteratur werden dabei verschiedene Variablen diskutiert: subjektive Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Wohlbefinden, usw. (Müller und Tesch-Römer 2017).

Partizipation bzw. soziale Einbindung und Lebenszufriedenheit bei Armutsgefährdeten

Armutsgefährdete Menschen sind mit ihrem Leben unzufriedener als nicht armutsgefährdete Menschen (zum Beispiel Böhnke und Esche 2018; Reeskens und Vandecasteele 2017). Doch sind armutsgefährdete, aber partizipierende und sozial integrierte Menschen zufriedener mit ihrem Leben als Armutsgefährdete, die nicht partizipieren oder wenig sozial integriert sind?

Die Ergebnisse der Analysen für Baden-Württemberg bestätigen, dass überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit⁸ mit dauerhafter Beteiligung und dauerhafter sozialer Einbindung zusammenhängt (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Armutsgefährdete Menschen, die sich dauerhaft politisch bzw. zivilgesellschaftlich beteiligen, haben eine mehr als doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit für eine überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit als armutsgefährdete Menschen, die sich nie oder selten beteiligen (74 % gegenüber 35 %) (vgl. Abbildung 5). Dieser Zusammenhang findet sich zwar auch bei nicht armutsgefährdeten Menschen, doch ist er dort deutlich schwächer. Die Lebenszu-

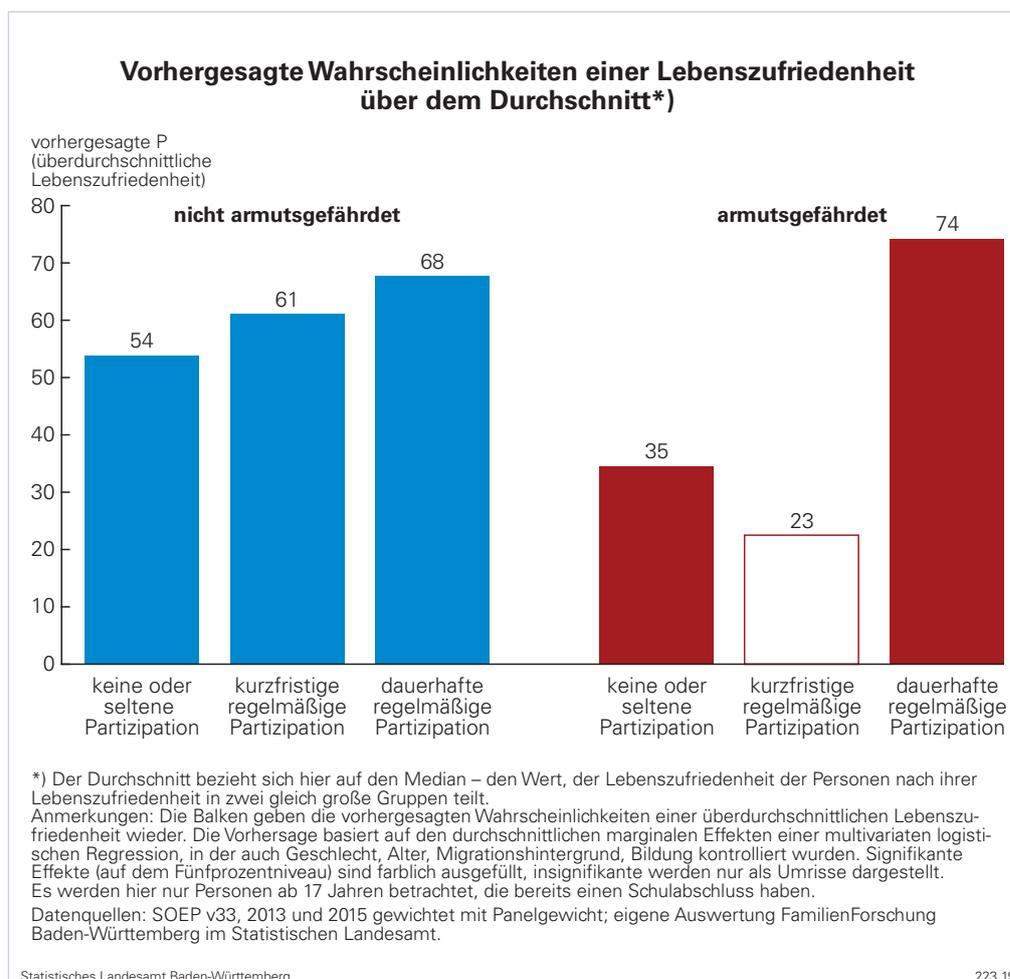


Abbildung 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten einer Lebenszufriedenheit über dem Durchschnitt

8 Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird anhand einer 11er Skala (von „ganz und gar unzufrieden“ bis „ganz und gar zufrieden“) erfasst und ist linksschief verteilt. Das bedeutet, dass tendenziell mehr Menschen angeben, mit ihren Leben zufrieden zu sein als unzufrieden. Für eine lineare Regression wäre eine Normalverteilung nötig. Deshalb wird an dieser Stelle ein Mediansplit durchgeführt. Dadurch kann eine logistische Regression berechnet werden, die dann zeigt, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit dem Leben zufriedener zu sein als der Durchschnitt (Median).

friedenheit von nicht armutsgefährdeten Menschen hängt also weniger mit ihrem Partizipationsverhalten zusammen als dies bei Armutsgefährdeten der Fall ist.

Regelmäßige soziale Kontakte hängen ebenfalls mit einer höheren Lebenszufriedenheit zusammen – sowohl bei armutsgefährdeten als auch bei nicht armutsgefährdeten Menschen. Dabei sind dauerhafte Sozialkontakte wichtiger als kurzfristige. Und auch hier zeigt sich ein deutlich stärkerer Effekt bei Armutsgefährdeten im Vergleich zu nicht Armutsgefährdeten (vgl. *Tabelle 1 im Anhang*).

Partizipation bzw. soziale Einbindung und Kontrollüberzeugungen bei Armutsgefährdeten

Armutsgefährdung kann, vor allem, wenn sie länger andauert, auch zu psychosozialen Belastungen und zu einem Gefühl der Ausgrenzung führen. Sie kann zudem zum Empfinden beitragen, das eigene Leben nicht mehr im Griff zu haben bzw. es nicht mehr steuern zu können (sogenannte Kontrollüberzeugungen; vgl. unter anderem Böhnke 2007). Die Annahme, dass armutsgefährdete Menschen, die sich auf Dauer regelmäßig beteiligen und sozial eingebunden sind, ihr Leben als selbstbestimmter empfinden, wurde im Rahmen der Analysen für diesen Bericht überprüft.⁹

Die Analyseergebnisse zeigen, dass bei armutsgefährdeten Menschen eine dauerhafte regelmäßige Partizipation in der Tat signifikant mit der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit zusammenhängt (*Abbildung 6, rote Linie*). Eine kurzfristige Beteiligung hingegen steht in keinem Zusammenhang mit der Vorstellung, das eigene Leben selbst in der Hand zu haben. Bei nicht armutsgefährdeten Menschen findet sich kein entsprechender Zusammenhang – unabhängig davon ob kurzfristig oder dauerhaft partizipiert wird (*Abbildung 6, blaue Linie*). Das bedeutet, dass für armutsgefährdete Menschen eine dauerhafte und regelmäßige Partizipation im politischen

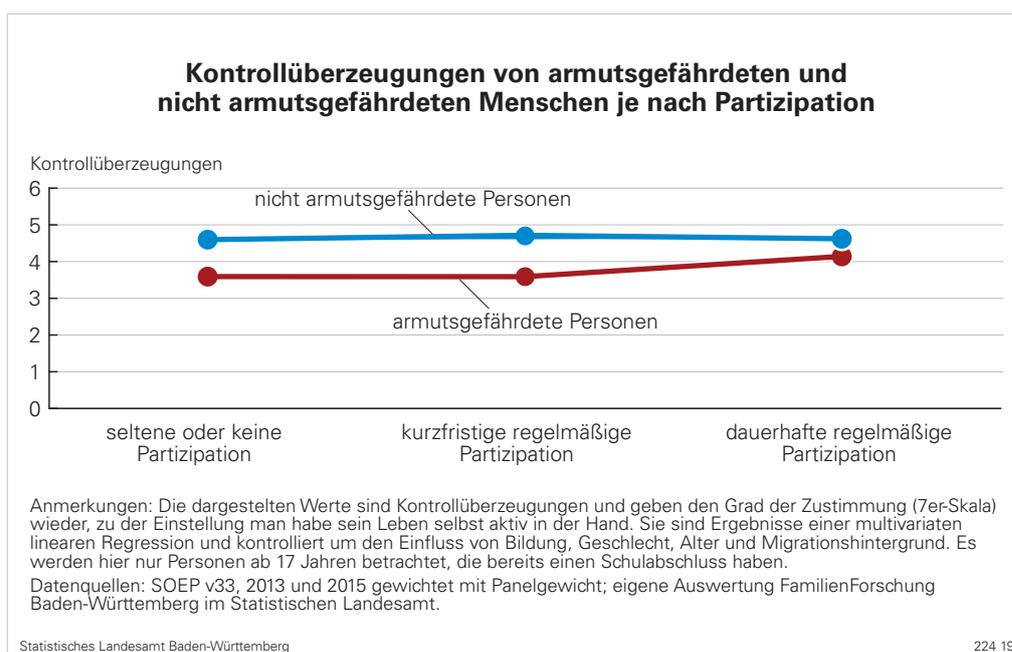


Abbildung 6: Kontrollüberzeugungen von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen je nach Partizipation

9 Hier operationalisiert als additiver gerundeter Index bestehend aus der siebenstufigen Zustimmung zu sechs Items, die die Einstellung wiedergeben, man habe sein Leben selbst aktiv in der Hand und könne es selbst bestimmen.

oder zivilgesellschaftlichen Raum mit einer größeren wahrgenommenen Selbstwirksamkeit einhergeht. Diese ist wiederum förderlich für die Überwindung der eigenen Armutslage und der Gestaltung des eigenen Lebens.

Eine dauerhafte soziale Einbindung und die wahrgenommene Selbstwirksamkeit stehen ebenfalls in enger Beziehung – allerdings unabhängig von der Armutsgefährdung einer Person (vgl. Tabelle 2 im Anhang).

Partizipation und soziale Einbindung sowie Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland bei Armutsgefährdeten

Schließlich ist festzustellen, dass armutsgefährdete Menschen in Baden-Württemberg grundsätzlich weniger zufrieden mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sind¹⁰ als nicht armutsgefährdete Menschen (vgl. Abbildung 7). Da Armutsgefährdung häufig zu Frustration und Rückzug in das soziale Umfeld von Familie und engem Freundeskreis führt, überrascht es nicht, dass das Urteil über die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland schlechter ausfällt als bei Menschen, die mit besseren finanziellen Ressourcen ausgestattet sind. Bei armutsgefährdeten Menschen führen Partizipation und soziale Einbindung jedoch zu einer größeren Zufriedenheit mit der Umsetzung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. In Bezug auf die Partizipation trifft das ebenso auf nicht armutsgefährdete Menschen zu. Regelmäßige soziale Kontakte – kurzfristig sowie dauerhaft – tragen hingegen nur bei armutsgefährdeten Menschen dazu bei, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland positiver beurteilt wird (vgl. Abbildung 7, rote Linie).

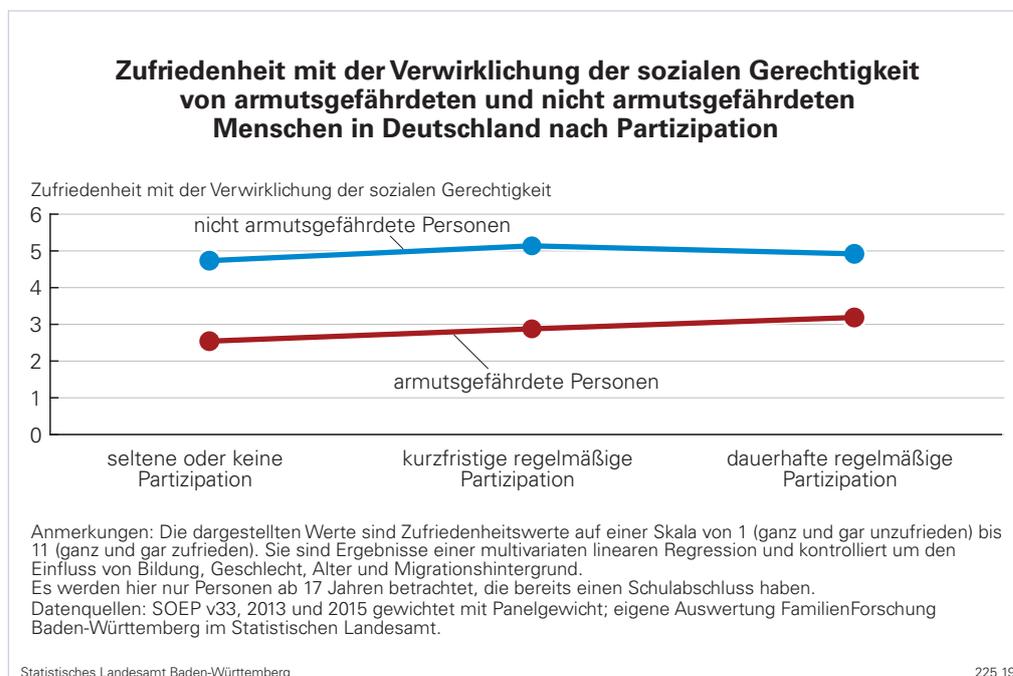


Abbildung 7: Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit von armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen in Deutschland nach Partizipation

10 Die Einstellung zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland wird erfasst über eine 11er Skala (von „ganz und gar unzufrieden“ bis „ganz und gar zufrieden“).

3. Zusammenfassung und Einordnung der Analyseergebnisse

Die in diesem Report dokumentierten Analyseergebnisse für Baden-Württemberg bestätigen den Zusammenhang zwischen geringer Ressourcenausstattung und geringerer gesellschaftlicher Teilhabe. Eine Benachteiligung in einem Lebensbereich (wie den finanziellen Ressourcen) führt auch zu Benachteiligungen in weiteren Lebensbereichen – wie beispielsweise der Partizipation und sozialen Einbindung (Kumulationsthese, vgl. dazu zum Beispiel Böhnke 2009; Lin 2000). Eingeschränkte finanzielle Ressourcen wirken sich aber bereits negativ auf die Partizipation und sozialen Beziehungen aus, bevor die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle bei 60 % des Einkommens der Bevölkerung unterschritten wird. Bei Menschen, die knapp unterhalb des durchschnittlichen Einkommens (Median) verdienen, sind ebenfalls eine geringere Beteiligung und weniger soziale Kontakten zu beobachten.

Allerdings erfordert nicht jede Art von Partizipation oder sozialen Beziehungen gleich hohe (finanzielle) Ressourcen. Dauerhafte, zeitintensive und anspruchsvolle Formen (wie zum Beispiel die Mitarbeit in einem Verein) benötigen mehr Ressourcen als temporäre, kurzfristige und niederschwellige Formen (wie zum Beispiel die Stimmabgabe bei Wahlen, vgl. Niedermayer 2009). Familiäre Beziehungen sowie der engere Freundeskreis bleiben bei armutsgefährdeten Menschen ebenfalls stabil. Bekannte außerhalb des engen Freundes- und Familienkreises sind wegen ihrer Diversität besonders wichtig, werden jedoch bei längeren Lebensphasen in Armut homogener und verlieren an Ressourcenstärke. Besonders für armutsgefährdete Menschen ist dieser Rückzug problematisch, da sie häufig einen erhöhten Bedarf an sozialer Unterstützung haben (Granovetter 1973; Franzen und Hangartner 2006).

Partizipation und Sozialkontakte können armutsgefährdeten Menschen helfen, denn sie unterstützen die soziale Integration und erzeugen etwas sehr wertvolles: soziales Kapital. Es kann als materielle, emotionale oder informative Ressource zur Bewältigung ihrer prekären Lage genutzt werden und dadurch wiederum beteiligungsfördernd wirken (Putnam et al. 1993; Böhnke und Link 2018; Portes 1998). Die Befunde für Baden-Württemberg weisen zudem darauf hin, dass Partizipation und eine breitere soziale Vernetzung insbesondere für Armutsgefährdete auch mit einer größeren Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der sozialen Gerechtigkeit im Land einhergehen. Auch die wahrgenommene Selbstwirksamkeit ist wichtig für die eigene Handlungsfähigkeit, um die persönliche Situation verbessern zu können.

Nachdem die empirischen Befunde für Baden-Württemberg einen eindeutigen Zusammenhang von Partizipation und einer besseren Bewertung der eigenen Lebenssituation armutsgefährdeter Menschen zeigen, stellt sich die Frage, mit welchen Ansätzen die Beteiligung armutsgefährdeter Menschen gefördert werden kann.

Die empirischen Befunde belegen, dass bei Armutsgefährdeten der Zusammenhang zwischen regelmäßigen sozialen Kontakten und politischer bzw. zivilgesellschaftlicher Partizipation stärker ist als bei nicht Armutsgefährdeten.¹¹ Armutsgefährdete Menschen mit Kindern im Haushalt beteiligen sich seltener als jene ohne. Das ist bei nicht armutsgefährdeten Menschen umgekehrt. Diese Erkenntnis deutet darauf hin, dass – neben finanziellen Mitteln und sozialen Kontakten – die Ressource Zeit in armutsgefährdeten Haushalten mit Kindern einen weiteren Faktor für die Förderung von Partizipation und gesellschaftlicher Integration darstellt.

Andere Forschungsergebnisse weisen außerdem darauf hin, dass das Wissen darüber, wie sich eine Person beteiligen kann, von Bedeutung ist. Ohne Kenntnisse über Strukturen, Prozesse und Gelegenheiten der jeweiligen Partizipationsmöglichkeiten können sich Menschen nicht zielgerichtet beteiligen (Vetter und Remer-Bollow 2017; Brady et al. 1995). Ferner motiviert Interesse am politischen Geschehen dazu, sich selbst politisch zu beteiligen. Politische Bildung fördert das entsprechende Wissen und Interesse, was auch bei armutsgefährdeten Menschen zu mehr Beteiligungskompetenz und höheren Beteiligungsraten führen kann.¹²

4. Beispiele aus der Praxis

Wie die hier dokumentierten Analysen belegen, bedeutet die Befähigung armutsgefährdeter Menschen zur Partizipation und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens für sie selbst ein Gewinn an Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Wie unterstützende Angebote für Betroffene gestaltet und umgesetzt werden und was sie bewirken, wird im Folgenden anhand von Beispielen guter Praxis aus Baden-Württemberg vorgestellt.

Durch die oft mit Armutsgefährdung verbundenen eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und mangelnde sozialer Integration werden die Lebensqualität und Selbstwirksamkeit der Betroffenen eingeschränkt. Das folgende Beispiel zeigt, wie Betroffenen durch Qualifizierung Möglichkeiten des Engagements eröffnet werden und sie so als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenslage für andere aktiv werden können. Dadurch wird ihnen die Erfahrung ermöglicht, dass ihr Wissen und ihre Fähigkeiten wertvoll für die Gesellschaft sind und sie ihre eigene Situation und die anderer Betroffener verbessern können. Zudem haben sie die Möglichkeit, ihr soziales Netzwerk zu erweitern.

11 Dabei können auch soziale Gruppen wie Nachbarschaften und Vereine oder intermediäre Organisationen (zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien) eine bedeutsame Rolle spielen, da diese in der Lage sind, ihre Mitglieder bzw. Anhänger für den Einsatz gemeinsamer Belange zu bewegen. Dieser Aspekt entspricht auch dem Aspekt der Mobilisierung des Civic Voluntarism Models aus der empirischen Partizipationsforschung und konnte empirisch auch mit Daten des Freiwilligensurveys für zivilgesellschaftliche Partizipation nachgewiesen werden. Menschen beteiligen sich auch deshalb, weil sie angefragt werden (Müller et al. 2017; Verba et al. 1995).

12 Aufgrund der Datenlage konnte politisches Wissen bei den für diesen Report durchgeführten Analysen nicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse verschiedener Studien der empirischen Partizipationsforschung belegen den Zusammenhang jedoch (Vetter und Remer-Bollow 2017; Brady et al. 1995; Verba et al. 1995).

Der Blick in die LAGALO – Landesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosentreffs, -zentren und -initiativen in Baden-Württemberg:

Hilfe zur Selbsthilfe: a.l.s.o. e. V. Schwäbisch Gmünd¹³

... also nehmen wir es selbst in die Hand! Gegründet als Verein erwerbsloser Pädagoginnen und Pädagogen in den 1980er Jahren, ist das Arbeitslosenzentrum in der Stadt Schwäbisch Gmünd zu einem Treffpunkt für alle Menschen im Umkreis geworden, die Unterstützung bei der Arbeits- und Ausbildungssuche sowie ihrer persönlichen Weiterentwicklung wünschen. Das Ziel des Sozialunternehmens ist seither gleichgeblieben: Hilfe zur Selbsthilfe durch wert- und sinnvolle Tätigkeit. Ein Teil der Menschen, die sich im a.l.s.o. Beratungszentrum treffen, sind ehrenamtlich Engagierte, die selbst betroffen sind und sich durch die Tätigkeit vor Ort eine Tagesstruktur schaffen, einen Beitrag zum Gelingen der Arbeit leisten und zugleich ihre Kompetenzen erweitern können. Weiter werden Arbeitssuchende vom Jobcenter im Rahmen verschiedener Integrationsmaßnahmen zur a.l.s.o. vermittelt und es gibt mehrere über den europäischen Sozialfonds mitfinanzierte Projekte im Haus, die sich mit Coaching, Sprachförderung und Arbeitsvermittlung insbesondere an Frauen, Mütter und Alleinerziehende richten. An 2 Wochentagen gibt es vormittags eine Kleinkindbetreuung im Haus. Das Tätigkeitspektrum bei a.l.s.o. ist vielfältig: Von Dienstleistungen, wie dem Entrümpeln von Wohnungen über das Upcycling alter Möbelstücke bis hin zur Arbeit im Kulturcafé und im Garten können sich die Menschen hier einbringen, in Kontakt mit anderen kommen und sich ein soziales Umfeld aufbauen. Darüber hinaus können sie professionelle Beratung und Unterstützung rund um ihre private Situation in Anspruch nehmen. a.l.s.o. e.V. ist Mitglied bei LAGALO – dem Netzwerk der Erwerbslosentreffs, -zentren und -initiativen in Baden-Württemberg. LAGALO versteht sich als Interessenvertretung dieser Einrichtungen und ihrer Klientel. Als solche ist LAGALO in der Position, die Bedarfe, die durch die Betroffenen in den Einrichtungen kommuniziert werden, vor Politik und Öffentlichkeit zu vertreten und andererseits selbst Lösungsansätze, wie unter anderem die Schulung Betroffener, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, zu erarbeiten und anzubieten. So setzt sich das Netzwerk gemeinsam mit anderen Initiativen und Gruppen gegen Ausgrenzung und für ein Leben in Würde ein.

Durch ihre geringere politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe finden armutsgefährdete Menschen kaum Gehör und erfahren so keine ausreichende politische Repräsentation ihrer Interessen. Ihnen dieses Gehör zu verschaffen gelingt dann, wenn Betroffene und zentrale gesellschaftliche Akteure ein starkes Netzwerk bilden. Ein solches Netzwerk ist die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg.

Betroffenen eine Stimme geben: Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg

Mit dem Ziel, Ursachen von Armut, gesellschaftlicher Benachteiligung und Diskriminierung aufzuzeigen und in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, wurde 2012 die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW) gegründet. Sie besteht aus zwei zusammenarbeitenden aber autonom agierenden Netzwerken: Das Netzwerk I der Basis- und Betroffeneninitiativen gegen Armut und Ausgrenzung und das Netzwerk II mit der Liga der freien

13 <https://alsogmuend.de/>

Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg. Das zentrale Anliegen der LAK-BW ist, neben der Anerkennung des Rechts auf Existenzsicherung, Arbeit, Wohnen, Bildung und gesundheitliche Versorgung, die Stärkung der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe armutsbetroffener Menschen. Seit 2017 ist das Netzwerk der LAK-BW Gründungsmitglied eines Landesnetzwerks für politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen. Dieses verfolgt gemeinsam mit Akteuren aus (Erwachsenen-)Bildungseinrichtungen, Akademien, politischen Stiftungen, Trägern von Angeboten der Sozialen Arbeit, der Bundesagentur für Arbeit und den Landesministerien (Sozial-; Kultus-; Verkehrsministerium) das Ziel, Menschen in prekären Lebenslagen für politische Bildung zu erreichen und dazu zu befähigen, als Akteure in eigener Sache voranzuschreiten. Als erstes Projekt aus dem Netzwerk durchlaufen derzeit fünf Volkshochschulen im Land (Heidelberg, Pforzheim, Stuttgart, Herrenberg, Heidenheim) unter Einbindung der LAK-BW und der Dualen Hochschule BW einen Prozess, in dem Lösungen erarbeitet werden, wie Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen und deren politische Bildung Gegenstand der Volkshochschulen in Baden-Württemberg werden kann.

Die folgende Biografie eines Betroffenen zeigt, welche Rolle politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung für die persönliche Entwicklung, den Kompetenzerwerb und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit spielt und wie politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung Menschen befähigen kann, aus dem Kreislauf von Armut auszubrechen. Gleichzeitig verdeutlicht die Biografie, wie wichtig es ist, dass sich betroffene Menschen mit ihren Erfahrungen und Interessen als Expertinnen und Experten ihrer Lebenslage selbst einbringen und politisch beteiligen können.



Fallbeispiel Mathias Becker

„Eigentlich war schon immer, seitdem ich mich erinnere, irgendwie alles politisch in meinem Leben. Ich wuchs in Berlin und München auf. In München machte ich später meine Ausbildung zum Übersetzer, ich spreche fünf Sprachen und lerne zurzeit eine neue. Nachdem ich Jahre danach zweimal durch Spekulation und Gentrifizierung aus meinem Viertel im Zentrum der Stadt ‚wegmodernisiert‘ worden war, hatte ich erst mal genug von Großstädten, in denen ich mein ganzes bisheriges Leben verbracht hatte, und ging nach Nordschweden in ein kleines Dorf, umgeben von Wäldern und Seen. Schweden nahm sehr früh viele geflüchtete, teils traumatisierte Menschen unter anderem aus Syrien, Eritrea, Äthiopien, Iran und Jemen auf. Ich war jahrelang auf dem Feld der Integrationsarbeit für und mit diesen Menschen tätig. Knapp 5 Jahre später, als ich nach Deutschland zurückkam, fiel ich sofort in ALG II, da ich keinen Job finden konnte. Mittlerweile wohnte ich bei meiner Mutter in Offenburg und lernte dort einen aktiven Menschen kennen, der den Leuten dabei half, ihre Bescheide vom Amt zu verstehen – und weil diese oft fehlerhaft waren, half und hilft er unentgeltlich dabei, gerichtlich Forderungen einzuklagen. Dieser Aktivist erzählte mir von der LAK-BW, der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg. Seit 2 Jahren bin ich in der LAK-BW mit aktiv und viel unterwegs. Als einer der sechs Delegierten vertrete ich die LAK-BW überall dort, wo es darauf ankommt – in Arbeitsgruppen, bei Aktionen, in Projekten, bei Meetings und Kongressen, aber am allerwichtigsten – auf der Straße. Nachhaltige Veränderung ist möglich – mit denjenigen, die es wollen und denjenigen, die es können!

Ich fühle mich so als Teil eines Ganzen. Ich bin mitverantwortlich für die Gestaltung von Projekten und gesellschaftlichen Beziehungen, trage Verantwortung für Organisation und Information, habe erfahren, dass es keinen Sinn macht, Alleingänge zu machen. Ich fühle mich den Menschen in prekären Lagen nahe, die ich in Berlin, Brüssel, Frankfurt, Wien, Stuttgart, Pforzheim, Ludwigsburg, Tübingen, Konstanz, Karlsruhe, Heidelberg wie Freiburg treffe. Ich erlebe die Menschen im Elsass, habe Verbindungen in die Ukraine. Die Verantwortungsebene ist gewachsen. Die soziale Einmischung ist zur Normalität geworden. Ich habe die Wechsel der sozialen Milieus in der Gesellschaft persönlich kennengelernt. Ich habe in den 3 Jahren LAK-BW gelernt, dass jeder einen langen Atem braucht. Von jetzt auf nachher geht gar nichts. Ich habe gemerkt, wie sich Meinungen im Gruppenprozess bilden, wie dieser Rahmen mich und die anderen trägt. Wie ich diesen Austausch brauche; wie wichtig die Stimme und das Gesicht des anderen ist. Ohne die Gründung der LAK-BW würde diese Chance, auch meine persönliche, sich einzumischen nicht existieren. Andere bürgerliche Gruppen und Milieus lassen für Menschen in prekären Lebenslagen meiner Erfahrung nach keinen Platz. Diesen müssen wir uns erstreiten, dafür kämpfe ich jeden Tag.“

Regelmäßige soziale Kontakte erhöhen die Wahrscheinlichkeit der politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Partizipation. Dies gilt umso mehr für armutsgefährdete Menschen, wie die Analysen belegen. Niedrigschwellige Angebote im Quartier ermöglichen Begegnungen mit anderen Menschen und eröffnen Möglichkeiten des Engagements. Das Beispiel des Café Nachbarschaft in Stuttgart Heschl zeigt, wie ein stigmatisierungsfreier, herkunftsunabhängiger und kostenneutraler Begegnungsraum geschaffen werden kann, der den sozialen Austausch fördert und zugleich – bei Interesse – Beteiligung ermöglicht.

Café Nachbarschaft – Solidarität im Stadtteil – unabhängig vom Geldbeutel

Nachbarschaft schaffen, „schaffen“ in der Nachbarschaft, Nachbarschaft schafft... Integration und Partizipation. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2008 bietet das Café Nachbarschaft im Gebrüder Schmid Zentrum des Generationenhauses Heschl einen Ort, einem öffentlichen Wohnzimmer gleich, an dem Menschen miteinander in Kontakt treten, sich austauschen und engagieren können. Das Café wird hauptsächlich von ehrenamtlich Tätigen bewirtschaftet und bietet wöchentlich Angebote zu Kultur, Unterhaltung aber auch Veranstaltungen zu konkreten Themen. Alle Angebote, auch Speisen und Getränke, sind generell kostenlos. Spenden vor Ort sind für alle Besuchenden jederzeit möglich. Damit ist das Café ein Treffpunkt für viele Menschen: Jung und Alt, Eltern und Kinder und – durch seine Unabhängigkeit vom Geldbeutel – für Menschen mit kleinem Einkommen. Ziel des Cafés ist es, Menschen niederschwellig und nicht-stigmatisierend Raum für Begegnung und Gespräche zu bieten und so für ehrenamtliche Tätigkeiten im Generationenhaus zu motivieren. Gärtnerarbeiten oder die Organisation von Festen sind Beispiele, wie die Cafébesucherinnen und -besucher sich einbringen können – wenn sie es möchten. Als Erfolgsfaktoren gelten, neben der Bereitstellung eines ansprechend gestalteten Begegnungsraums, eine offene und wertschätzende Haltung der Ehrenamtlichen sowie eine professionelle Koordination und Betreu-

ung des Ehrenamts. Neben der Trägerschaft durch Ehrenamt und Spenden wird das Café durch das Budget des Gebrüder Schmid Zentrums bzw. des Sozialamts der Stadt Stuttgart getragen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse dieses GesellschaftsReports BW zeigen, dass Menschen mit geringem Einkommen politisch oder zivilgesellschaftlich seltener partizipieren und – gemessen an der Regelmäßigkeit ihrer sozialen Beziehungen – weniger gesellschaftlich integriert sind. Dabei senkt bereits ein Einkommen knapp unterhalb des Medians die Wahrscheinlichkeit, sich regelmäßig zu beteiligen oder soziale Kontakte zu pflegen. Dies bedeutet, dass bei Angeboten und Maßnahmen, die die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung und soziale Einbindung von armutsgefährdeten Menschen unterstützen, nicht nur Menschen unterhalb der Armutsschwelle in den Blick genommen werden sollten, sondern zusätzlich auch Menschen in armutsnahen Schichten.

Soziale Kontakte spielen für die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung von armutsgefährdeten Menschen eine größere Rolle als von nicht armutsgefährdeten Menschen. Auch das zeigen die Ergebnisse dieses Reports. Vernetzungsmöglichkeiten für Betroffene und niedrigschwellige Angebote vor Ort können die soziale Einbindung von Menschen in prekären Lebenslagen unterstützen und damit politische und zivilgesellschaftliche Partizipation stärken. Die Angebote sollten möglichst gebührenfrei und gut erreichbar sein, denn knappe Zeit ist, wie die Ergebnisse für Armutsgefährdete mit Kindern im Haushalt zeigen, ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Frage, ob es überhaupt möglich ist, sich zu beteiligen.

Die Analyseergebnisse bestätigen auch für Baden-Württemberg, dass Partizipation stark vom Bildungsgrad und damit mittelbar auch von der sozialen Herkunft abhängt. Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen partizipieren häufiger zivilgesellschaftlich wie auch politisch und tragen damit aktiv zu einer lebendigen Demokratie bei. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse erscheint es zielführend, Maßnahmen zu ergreifen, die herkunftsbedingte Bildungsunterschiede kompensieren. Bildung – insbesondere politische Bildung – in der Schule wie auch im Erwachsenenalter, kann die Motivation zur Beteiligung stärken. Ebenfalls kann Bildung Wissen und Fähigkeiten in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Möglichkeiten der Teilhabe aufbauen und somit Beteiligung fördern. Der Frage, wie Menschen in prekären Lebenssituationen besser als bisher durch Angebote der politischen Bildung erreicht werden können, kommt eine besondere Bedeutung zu. Das Beispiel des landesweiten Netzwerks für politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen zeigt, dass dafür einerseits eine breite Vernetzung der Akteure wichtig ist und es andererseits darum geht, durch neue (partizipative) Formate bessere Zugänge für die Betroffenen herzustellen.

Dieser GesellschaftsReport BW zeigt, dass armutsgefährdete Menschen im Land, die trotz ihrer herausfordernden Lebenssituation dauerhaft politisch oder zivilgesellschaftlich partizipieren, davon mehrfach profitieren: Sie erfahren, dass sie selbst Einfluss auf ihr Leben nehmen können und sind zugleich zufriedener mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland.

Somit ist die Unterstützung und Förderung der Partizipation Armutsgefährdeter aus einer Vielzahl an Gründen wichtig: Die Betroffenen erleben sich als mündigen Teil der Gesellschaft und ihnen

wird zugleich eine Stimme gegeben. Ihre Partizipation macht Armutsgefährdete auch als Gruppe mit ihren spezifischen Herausforderungen erkennbar. So sind sie auch für politische Akteure, die deren Anliegen politisch vertreten können, sichtbar (Böhnke 2011). Angebote zu schaffen und auszugestalten, die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen fördern, ist nicht zuletzt deshalb eine wichtige Aufgabe für Politik und Gesellschaft.

6. Literatur

Böhnke, Petra und Frederike Esche (2018): Armut und subjektives Wohlbefinden. In: Böhnke, Petra; Jörg Dittmann, und Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen. Opladen: Verlag Barbara Budrich. S. 234–246.

Böhnke, Petra und Sebastian Link (2018): Armut, soziale Netzwerke und Partizipation: In: Böhnke, Petra; Jörg Dittmann und Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen. Opladen: Verlag Barbara Budrich. S. 247–257.

Böhnke, Petra und Sebastian Link (2017): Poverty and the Dynamics of Social Networks. An Analysis of German Panel Data. In: *European Sociological Review* 33 (4), S. 615–632.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2/2011, S. 18–25.

Böhnke, Petra (2009): Abwärtsmobilität und ihre Folgen: Die Entwicklung von Wohlbefinden und Partizipation nach Verarmung. WZB Discussion Paper.

Böhnke, Petra (2007): Feeling Left Out. Patterns of Social Integration and Exclusion. In: Alber, Jens; Tony Fahey und Chiara Saraceno (Hrsg.): *Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union*. London/New York: Routledge, S. 304–327.

Brady, Henry E.; Sidney Verba und Kay Lehrmann Schlozman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89, S. 271–294.

Erlinghagen, Marcel und Karsten Hank (2006): Participation of Older Europeans in Volunteer Work. In: *Ageing & Society* 26(4), S. 567–584.

Franzen, Axel und Dominik Hangartner (2006): Social Networks and Labour Market Outcomes: The Non-Monetary Benefits of Social Capital. In: *European Sociological Review* 22 (4), S. 353–368.

Goebel, Jan; Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. In: *DIW Wochenbericht* 25/2015, S. 1–17.

Granovetter, Mark (1973): The Strength of Weak Ties: in: *American Journal of Sociology* 78 (6), S. 1360–1380.

Kostelka, Filip und André Blais (2018): The Chicken and Egg Question: Satisfaction with Democracy and Voter Turnout. In: *Political Science and Politics* 51 (2), S. 370–376.

Kroh, Martin und Christian Könnecke (2013): Arm, arbeitslos und politisch inaktiv? DIW Wochenbericht 42/2013, S. 3–15.

Lin, Nan (2000): Inequality in Social Capital. In: *Contemporary Sociology* 29 (6), S. 785–795.

Mohr, Gisela und Peter Richter. 2008. Psychosoziale Folgen von Erwerbslosigkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41, S. 25–32.

Morrow-Howell, Nancy; Song-lee Hong und Fengyan Tang (2009): Who Benefits From Volunteering? Variations in Perceived Benefits. In: *The Gerontologist*, 49(1), S. 91–102.

Müller, Doreen und Clemens Tesch-Römer (2017): Krankheitsbedingte Alltagseinschränkungen, subjektive Gesundheit, Lebenszufriedenheit und freiwilliges Engagement. In: Simson, Julia; Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer Verlag. S. 464–484.

Niedermayer, Oskar (2009): Der Wandel des politischen Engagements der Bürger. In: Kühnel, Steffen; Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hrsg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 82–134.

Piliavin, Jane Allyn und Erica Siegl (2007): Health Benefits of Volunteering in the Wisconsin Longitudinal Study. In: *Journal of Health and Social Behavior* 48(4), S. 450–464.

Portes, Alejandro (1998): Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. In: *Annual Review of Sociology* 24, S. 1–24.

Putnam, Robert D.; Robert Leonardi und Raffaella Nanetti (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Reeskens, Tim und Leen Vandecasteele (2017): Economic Hardship and Well-Being: Examining the Relative Role of Individual Resources and Welfare State Effort in Resilience Against Economic Hardship. In: *Journal of Happiness Studies* 18 (1), S. 41–62.

Schäfer, Armin (2011): Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In: Bytzek, Evelyn und Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt: Campus. S. 133–154.

Simson, Julia und Nicole Hameister (2017): Sozioökonomischer Status und Freiwilliges Engagement. In: Simson, Julia; Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer Verlag. S. 439–464.

Verba, Sidney; Kay Lehrmann Schlozman und Henry E. Brady (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.

Vetter, Angelika und Uwe Remer-Bollow (2017): *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Verlag.

Vogel, Claudia; Christine Hagen; Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer (2017): *Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität*. In: Simson, Julia; Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-survey 2014*. Wiesbaden: Springer Verlag. S. 9–152.

Walker, Robert (2014): *The Shame of Poverty*. Oxford: Oxford University Press.

Willigen, Marieke van (2000): *Differential Benefits of Volunteering Across the Life Course*. In: *The Journals of Gerontology: Series B: Psychological Sciences and Social Sciences*, 55, 5, S. 308–318.



7. Tabellen

Multivariate logistische Regression: Vorhersage einer überdurchschnittlichen Lebenszufriedenheit durch Partizipation und soziale Eingebundenheit		
	Allgemeine Lebenszufriedenheit (median split)	
	Armutsgefährdete Personen	Nicht armutsgefährdete Personen
kurzfristige regelmäßige Partizipation (2013 oder 2015) (Vergleich: keine/seltene Partizipation)	n.s.	n.s.
dauerhafte regelmäßige Partizipation (2013 und 2015) (Vergleich: keine/seltene Partizipation)	1,96** (- 0,34)	0,61* (- 0,14)
kurzfristig regelmäßige soziale Kontakte (2013 oder 2015) (Vergleich: keine/seltene Kontakte)	n.s.	0,38* (- 0,09)
dauerhaft regelmäßige soziale Kontakte (2013 und 2015) (Vergleich: keine/seltene Kontakte)	1,20* (- 0,21)	0,68** (- 0,16)
Modellfit		
Pseudo R ²	0,222	0,036
Signifikanz des Gesamtmodells	0,001	0,001
N	238	1 927
<p>Anmerkungen: Dargestellt sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten sowie in Klammern Average Marginal Effects (AMEs) und deren Signifikanzen. Es werden hier nur Personen ab 17 Jahren betrachtet, die bereits einen Schulabschluss haben. Jede Regression enthält neben der aufgeführten erklärenden Variablen auch die folgenden: Das Alter der Befragten, das Geschlecht, den Migrationshintergrund und das Bildungsniveau nach ISCED Klassifizierung. Signifikanzniveaus: **** p<0.001; ** p<0.01, *p<0.05; +p<0.1 Datenquellen: SOEP v33, 2013 und 2015 gewichtet mit Panelgewicht; eigene Auswertung FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.</p>		

Tabelle 1:
 Multivariate logistische Regression:
 Vorhersage einer überdurchschnittlichen Lebenszufriedenheit durch Partizipation und soziale Eingebundenheit

Multivariate lineare Regression: Zusammenhang von Kontrollüberzeugungen bzw. Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit mit dauerhafter Partizipation und sozialer Eingebundenheit

	Kontrollüberzeugungen (7er Skala)		Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland (11er Skala)	
	Armutsgefährdete Personen	Nicht armutsgefährdete Personen	Armutsgefährdete Personen	Nicht armutsgefährdete Personen
kurzfristige regelmäßige Partizipation (2013 oder 2015) (Vergleich: keine/seltene Partizipation)	n.s.	n.s.	n.s.	0,40* (- 0,06)
dauerhafte regelmäßige Partizipation (2013 und 2015) (Vergleich: keine/seltene Partizipation)	0,55* (- 0,18)	n.s.	0,64+ (- 0,12)	n.s.
kurzfristig regelmäßige soziale Kontakte (2013 oder 2015) (Vergleich: keine/seltene Kontakte)	0,31+ (- 0,13)	0,37*** (- 0,16)	0,64* (- 0,15)	n.s.
dauerhaft regelmäßige soziale Kontakte (2013 und 2015) (Vergleich: keine/seltene Kontakte)	0,38+ (- 0,16)	0,27*** (- 0,11)	1,1** (- 0,26)	n.s.
Modelfit				
Korrigiertes R ²	0,16	0,06	0,19	0,03
Signifikanz des Gesamtmodells	0,001	0,001	0,001	0,001
N	225	1 181	230	1 903

Tabelle 2:
Multivariate lineare Regression:
Zusammenhang von Kontrollüberzeugungen bzw. Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit mit dauerhafter Partizipation und sozialer Eingebundenheit

Anmerkungen: Dargestellt sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten sowie in Klammern standardisierten Regressionskoeffizienten und deren Signifikanzen. Es werden hier nur Personen ab 17 Jahren betrachtet, die bereits einen Schulabschluss haben. Jede Regression enthält neben der aufgeführten erklärenden Variablen auch die folgenden: Das Alter der Befragten, das Geschlecht, den Migrationshintergrund und das Bildungsniveau nach ISCED Klassifizierung.

Signifikanzniveaus: **** p<0.001; ** p<0.01, *p<0.05; +p<0.11

Datenquellen: SOEP v33, 2013 und 2015 gewichtet mit Panelgewicht; eigene Auswertung Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Impressum

Der GesellschaftsReport BW wird herausgegeben vom
Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 123-0
Internet: www.msi-bw.de

Autorinnen

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg
Dr. Stephanie Saleth, Stephanie Bundel, Kristina Faden-Kuhne
Böblinger Str. 68
70199 Stuttgart

Tel.: 0711 641-2033
Internet: www.faf0-bw.de

Redaktion

Katrin Böttinger

Layout

Andrea Mohr

Copyright-Hinweise

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2019

Fotonachweis Titelbild

Scusi / Fotolia

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidatinnen und Kandidaten oder Helferinnen und Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.